

kontakt

SPD Garching

39. Jahrgang

Mai 2009 – Sonderausgabe zur Europawahl am 7. Juni 2009



Wolfgang Kreissl-Dörfler, unser bayerischer Spitzenkandidat im Europaparlament | www.kreissl-doerfler.de

TERMINE

- 07. Juni 2009
EUROPAWAHL
www.europarl.europa.eu
- 20. Juni 2009
SOMMERFEST der SPD
am Garchinger See mit
großem Sonnwendfeuer

So will die SPD Europa gestalten:

- Neben der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion wollen wir auch eine europäische Sozialunion.
- Wir wollen einen europäischen Pakt gegen Lohndumping.
- In Europa muss gelten: gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort!
- Wir wollen die Mitbestimmungsrechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auf europäischer Ebene sichern.
- Europa soll ein diskriminierungsfreier Raum der Chancengleichheit werden.
- Wir wollen die Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen einschränken und die Kommunen stärken.
- Wir fordern mehr europäische Investitionen in Innovation, Forschung und Entwicklung.
- Wir wollen für Europa eine ökologische Industriepolitik.
- Wir wollen Europas Vorreiterrolle im internationalen Klima- und Umweltschutz festigen und weitreichende Klimaschutzziele durchsetzen.
- Wir wollen eine stärkere Aufsicht und Kontrolle hochspekulativer Finanzprodukte.
- Hedge-Fonds und Private-Equity-Fonds müssen stärker reguliert, Steueroasen trockengelegt werden.
- Das bewährte deutsche Bankensystem mit Privatbanken, öffentlich-rechtlichen Sparkassen sowie Genossenschaftsbanken wollen wir erhalten.
- Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Europa stellen wir uns mit größter Entschiedenheit entgegen.
- Wir setzen uns für eine starke europäische Politik für Abrüstung, Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle im internationalen Maßstab ein.
- Wir wollen eine faire Weltwirtschaft, deshalb muss Europa bestehende Zollbarrieren, Handelshemmnisse und Subventionen weiter abbauen.



Flyer



Plakat

Unsere Juso-Initiative für Europa:

Wir aus Garching, Ismaning, Ober- und Unterschleißheim und Unterföhring haben uns zusammengeschlossen, mit dem Ziel, das SPD-EU-Manifest auf jugendrelevante Themen und in eine „Jugendsprache“ münden zu lassen. Daraus sind ein Flyer und ein Plakat entstanden. Im Mai fanden in den fünf Gemeinden dazu Info-Events statt.

Unser Endspurt zur Wahl:

Fr 5. Juni **Nacht-Infostand in Garching an der U-Bahnstation** Fr 5. oder Sa 6. Juni, planen wir eine **gemeinsame Aktion mit allen Jusos in München und Umland**. Aktuelles auf : www.spd-garching.de und www.spd-unterfoehring.de.

Von der Gleichbehandlung zum Gender Mainstreaming: Frauen- und Gleichstellungspolitik in der EU

■ Mit einem Paragraphen fing die Gleichstellungspolitik in Europa an, § 119 (jetzt 141) im EWG-Vertrag von 1957, der das Prinzip gleicher Entlohnung von Mann und Frau festlegt. Obwohl dieser Grundsatz in EG-Richtlinien weiter ausdifferenziert wurde, zeigen Statistiken, dass etwa in Deutschland noch immer ein Lohnabstand von 22 Prozent (EU-Durchschnitt 15 Prozent) zwischen Männern und Frauen besteht. Der Abstand wäre mit Sicherheit weitaus höher, wenn die EU-Politik und die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes hier nicht zum Schrittmacher geworden wären. Aber Gleichstellung bedeutet nicht nur gleiche Bezahlung, sondern auch gleichberechtigte politische Teilhabe, die gleichen Aufstiegs- und Beförderungschancen im Beruf und gesicherte wirtschaftliche Verhältnisse im Ruhestand.

Die EG, später EU ist in vielen dieser Felder vorangeschritten und hat die Mitgliedstaaten und deren nationale Gesetzgebung in die Pflicht genommen. Das gilt etwa für die wichtige und später mehrfach modifizierte Gleichbehandlungsrichtlinie von 1976, die auf Beseitigung aller geschlechtsbezogenen Diskriminierungen im Berufs- und im Arbeitsleben zielte. Das deutsche Recht wurde seit dem EG-Anpassungsgesetz von 1980 so lange nachgebessert, bis der Europäische Gerichtshof von der vollständigen Umsetzung überzeugt war.

Die starke Konzentration der EU-Gleichstellungspolitik auf den Erwerbsektor ist inzwischen in die Kritik geraten. Vor allem Frauenpolitikerinnen haben gefordert, auch Bereiche wie Gewalt gegen Frauen, gesundheitspolitische Diskriminierung oder die vielfach weiter geltende Alleinzuständigkeit von Frauen für Familienaufgaben endlich anzugehen. Das „Gender Mainstreaming“ wurde zum Schlagwort. Damit ist gemeint, dass die geschlechtsspezifischen Auswirkungen auf Frauen und Männer in jedem Politik- und Gesellschaftsbereich auf den Prüfstand kommen.

Entsprechend weit gefasst ist der „Fahrplan“ der EU-Kommission zur Gleichstellung 2006-2010. Er setzt sechs Hauptziele:

- Gleiche wirtschaftliche Unabhängigkeit für Frauen und Männer
- Vereinbarkeit von Berufs-, Privat- und Familienleben
- Ausgewogene Repräsentanz von Frauen in Entscheidungsprozessen
- Beseitigung aller Formen geschlechterbezogener Gewalt
- Beseitigung von Geschlechterstereotypen
- Förderung der Geschlechtergleichstellung außerhalb der EU.

Eine Halbzeitbilanz der Kommission zu diesem Fahrplan stellt Fortschritte in der Umsetzung der Ziele fest, sieht aber auch die Fortdauer sexistischer Vorurteile und mangelnder Geschlechtersensibilität in vielen Bereichen gegeben, so dass der „Fahrplan“ auch über 2010 hinaus weiter geschrieben werden muss. – *Ulrike Haerendel, Vorsitzende der AsF Garching*

EU- und Kommunalpolitik – Einheit statt Gegensatz

■ Wer kürzlich im Bayerischen Landtag im Rahmen einer Fachtagung die Referate prominenter Sozialdemokraten hören konnte, ist längst überzeugt von der Relevanz der Entscheidungen und Prozesse auf EU-Ebene in Brüssel (Kommission), Straßburg (Parlament) oder Luxemburg (Gerichtshof) für die Politik vor Ort in den inzwischen 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union.



Werner Landmann

Spätestens die eindrucksvollen Beiträge von Dr. Ulrich Maly (Oberbürgermeister von Nürnberg und Vorsitzender der deutschen Delegation im Ausschuss der Regionen) und Martin Schulz (Vorsitzender der Sozialdemokratischen Fraktion im Europaparlament) machten klar, wie eng verwoben die EU-Politik mit den Aufgaben der Kommunen und Regionen ist.

Auch im neuen „Lissaboner Vertrag“ vom Dezember 2007, der aufgrund der ablehnenden Haltung einiger Mitgliedsländer noch nicht in Kraft getreten ist, sind die Rechte der Kommunen festgeschrieben, in Teilen sogar wesentlich gestärkt worden. Der Vertrag garantiert:

- das kommunale Selbstverwaltungsrecht
- die Ausdehnung des Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsprinzips
- die Stärkung des EU-Ausschusses der Regionen (besteht seit 1994) nebst eigenem Klagerecht vor dem EuGH
- die Einführung eines Folgenabschätzungsverfahrens (administrativ und finanziell)
- die Festschreibung des Konsultationsrechtes der repräsentativen Kommunalverbände.

Wie EU-Politik auf die Kommunalpolitik wirken kann, ist an einer Beschwerde bei der EU-Kommission in Brüssel wegen „wettbewerbswidriger Beihilfen“ der Landeshauptstadt München an die Stadion GmbH (Betreiber der „Allianz Arena“) zu beobachten. Vor allem die Umwidmung des Baugrundstücks, wodurch dessen Wert von ca. 84 Mio. € auf 14 Mio. € gesunken ist sowie die Übernahme von erheblichen finanziellen Lasten (mehr als 100 Mio. €) durch den Steuerzahler (Stadt, Freistaat und Bund) im Bereich der Stadioninfrastruktur, die fast ausschliesslich den privaten Betreibern der Arena (FC Bayern und anfangs auch der TSV 1860) zugute kommen, stellten eine rechtswidrige Beihilfe der öffentlichen Hand dar.

Sollten die Kläger Recht bekommen, muss die Stadt München das Geld vom FC Bayern zurückfordern. Tut sie dies nicht, kann die EU-Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren gegen

die Bundesrepublik Deutschland einleiten. An diesem kleinen Beispiel aus der Garchinger Umgebung sieht man, wie unmittelbar der Einfluss von EU-Recht auch für die Kommunalpolitik sein kann und darf gespannt sein, wie die Kommission entschieden wird.

Werner Landmann, Stadt- und Kreisrat



Europa bietet Chancen in der Krise! Am 24. April war der Auftakt zum Europawahlkampf der SPD im Garchinger Bürgerhaus: (von links) Götz Braun (Vorsitzender des Ortsvereins und Stadtrat), Otto Schily (Bundestagsabgeordneter und Minister a.D.), Ingrid Lenz-Aktas (Kandidatin für den Bundestag) und Günther Verheugen (Vizepräsident der Europäischen Kommission und Kommissar für Unternehmen und Industrie)

Seit kurzem ist **EUROPE DIRECT**, das Informationszentrum für München und Oberbayern zu allen Fragen rund um Europa, eröffnet. Alles Wissenswerte, praktische Hinweise und konkrete Hilfe in speziellen Fragen erhalten Sie in der **Münchner Stadtbibliothek Am Gasteig, Ebene 3.1**.
Rosenheimer Strasse 5,
81667 München,
Tel.: 089-48098-3379
www.muenchen.de/europe-direct;
mail an: europe-direct@muenchen.de

Wahlauf Ruf – speziell an Frauen!

Vor 90 Jahren durften Frauen in Deutschland erstmals wählen – und nicht nur Frauen sahen das als gewaltigen Kulturfortschritt an. Nicht, dass wir uns immer noch dankbar erweisen müssten, weil Männer uns dieses Recht gewährten. Aber das Wahlrecht zu schätzen, heißt auch, das Engagement seiner Vorkämpferinnen gerade in der sozialistischen Frauenbewegung zu würdigen. Das ist ein Grund, warum ich immer wählen gehe. Der zweite Grund, warum ich am 7. Juni wähle, ist, dass Europa im sozialen und wirtschaftlichen Bereich noch so viele neue Wege finden muss und ich dabei sozialdemokratische Konzepte verwirklicht sehen möchte. Der dritte Grund ist, dass ich mir eine deutlich stärkere Repräsentanz von Frauen in der Politik wünsche. Wie aber ist dieser Anspruch durchzusetzen, wenn wir Frauen uns nicht als entscheidender Wahlfaktor präsentieren? Deshalb, liebe Geschlechtsgenossinnen, geht wählen! – *Ulrike Haerendel, Vorsitzende der AsF Garching*

EU-Gesetzgebung – Einheitliche Regeln sind sinnvoll!

■ Beim Thema Lebensmittelrecht und Verbraucherschutz in der EU fallen vielen Bürgern oft nur die vielzitierten Regeln zur Krümmung der Gurke oder zur Länge der Banane ein. In der EU wurden aber über viele Jahre EG-Verordnungen und Richtlinien erlassen, die nach der Umsetzung in nationales Recht den vorbeugenden Gesundheitsschutz verbesserten. Die **Novellierungen der Trinkwasserverordnung** resultierten aus EU-Richtlinien. In der Folge gelangten Themen wie die erhöhten Werte für Nitrat im Trinkwasser in der Blickpunkt der Öffentlichkeit oder die Belastung mit Pflanzenschutzmitteln und deren Metaboliten. Vermeidungsstrategien für die Landwirtschaft wurden entwickelt bis hin zum Erlass von harten Verboten. Um Grenzwerte einzuhalten wird Trinkwasser mit aufwendigen Verfahren aufbereitet. **Das Lebensmittel Nummer 1, unser Trinkwasser, ist von hoher Qualität gekennzeichnet und ausreichend immer verfügbar.**



Gerlinde Schmolke

Desweiteren wurde in den Jahren 2002 bis 2005 ein neues übergeordnetes **Lebensmittelrecht** eingeführt, das eine Vielzahl von Einzelvorschriften (meist EU-Richtlinien) ersetzt. Ziel war ein ganzheitlicher Ansatz „Vom Acker bis zum Teller“. Die Futtermittel wurden in das neue Lebensmittelrecht miteinbezogen und der Begriff „Rückverfolgbarkeit“ eingeführt. Die EU-Basisverordnung (VO (EG) 178/2002) ist Grundlage für das neue Lebensmittel-, Bedarfsgegenstände- und Futtermittelgesetzbuch (Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch – LFGB) der BRD, das nun auch alle Schritte der Herstellung von Lebensmittel regelt sowie die Primärproduktion und die Futtermittelhersteller einschließt. **Die Rückverfolgbarkeit auf allen Stufen muss gewährleistet sein. Das Ziel ist, die Verbraucher vor gesundheitlichen Gefahren und Täuschung zu schützen. Die EU gibt bei aller Kritik und berechtigter Einwände maßgebliche Regelungen für alle Mitgliedstaaten vor, wodurch insgesamt ein verbesserter Verbraucherschutz resultiert. Das Europäische Parlament ist an den Gesetzgebungsverfahren beteiligt und hat hierbei ein bedeutendes Mitspracherecht.**

Gerlinde Schmolke, stellv. Vorsitzende

IMPRESSUM
Ihr direkter Draht zum Ortsverein:
Götz Braun
089/326 21 30
Ihr direkter Draht zur SPD-Fraktion:
Dietmar Gruchmann
089/320 78 87

Herausgeber:
SPD-Ortsverein Garching
Vorsitzender:
Götz Braun, Brunnenweg 23,
85748 Garching
Redaktion:
G. Braun, Hoffmann-Cumani
Druck: 5.000 Exemplare
flyeralarm GmbH

Europa – immer noch unsere Zukunft

■ Wenn man einer Gemeinschaft beiträgt, gleichgültig auf welcher Ebene, muss man sich mit den anderen Mitgliedern der Gemeinschaft arrangieren. Man kann nicht erwarten, dass die eigenen Vorstellungen ohne Abstriche von den anderen Mitgliedern übernommen werden.

Diese Binsenweisheit gilt nicht nur, wenn man einem Verein beiträgt, sondern auch auf staatlicher Ebene. So hatte 1871 die bayerische Selbstständigkeit ein Ende, damals sicher nicht ganz freiwillig, aber schon zu dieser Zeit haben die Menschen erkannt, dass kleine Staaten zu schwach sind, um allein überleben zu können. Heute dürften nur noch wenige ernsthaft eine Herauslösung Bayerns aus der Bundesrepublik anstreben, in der die Länder genügend eigene Kompetenzen haben, um ihre Eigenart zu bewahren.

Knapp ein Jahrhundert nach der deutschen Einigung stellte sich heraus, dass selbst die europäischen Nationalstaaten große Vorteile durch eine Einigung erzielen können, vor allen Dingen auf wirtschaftlichem Gebiet. Durch die technische Entwicklung sind die Entfernungen auf der Erde geschrumpft, und um wirtschaftlich überleben zu können, war der Zusammenschluss in Europa immer wichtig. Er umfasst nun nicht nur die Staaten Westeuropas, sondern auch die des östlichen Mitteleuropas und ist damit einer der größten Wirtschaftsräume der Erde. Nur ein so großer Wirtschaftsraum kann die Herausforderungen der Zukunft bestehen und den Wohlstand seiner Bürger sichern.

Eine Gemeinschaft so vieler unterschiedlicher Staaten benötigt einheitliche Regeln, wo bisher jeder Staat eigene Vorstellungen hatte. Gerade auf wirtschaftlichem Gebiet entstehen sonst Verzerrungen, die sich zum Nachteil vieler auswirken würden. Dass es trotzdem nicht einfach ist, so viele unterschiedliche Vorstellungen unter einen Hut zu bringen, kann man in fast jeder Nachrichtensendung erfahren. Das war bei der deutschen Einheit im 19. Jahrhundert nicht anders, aber man hat sich zusammengerauft. Warum sollte das in Europa nicht gelingen?

Der Vertrag von Lissabon ist das Mittel, um zu den notwendigen Regeln in der Europäischen Gemeinschaft zu gelangen. Und die Finanzkrise hat schon gezeigt und wird noch zeigen, wie wichtig die Gemeinschaft für uns alle ist. Wer jetzt gegen den Vertrag von Lissabon als Ganzes agitiert, muss sich fragen lassen, ob er die Gemeinschaft überhaupt will. In unserem eigenen Interesse sollten wir diesen Leuten nicht folgen, sondern uns verstärkt in Europa mit den anderen Staaten gemeinsam um Lösungen bemühen. Der erste Schritt dazu ist die Teilnahme an der Europawahl am 7. Juni!

Joachim Krause, Stadtrat

Europa sozial gestalten. IG-BAU 

www.spd-garching.de



Mach mit als EU-Bürger, gehe zur Wahl!

Citoyen européen, allez voter!

Да избираме заедно като
граждани на ЕС!

Vær en aktiv borger – deltag i valget!

Citoyen européen, allez voter!

Play your part as a European citizen,
participate in the election!

Sii un cittadino attivo: partecipa anche tu!

Wees een actieve burger: ga stemmen!

Obywatele Unii Europejskiej bądźcie
solidarni i weźcie udział w wyborach.

Toma parte como cidadão, vá a eleição!

la și tu parte ca cetățean UE, votează!

Var en aktiv medborgare – gå och välj!

Bodi meščan. Voli!

Participa como ciudadano europeo y ...
¡ve a votar!

Legyen ön is aktív Európai állampolgár,
vegyen részt a választáson!

Pfingstferien: rechtzeitig Briefwahl beantragen:

Stadt Garching: Herr Trier Telefon: 089 / 320 89 103

Mehr Informationen im Internet zu Europa:

SPE-Manifest als Hörbuch

Gesprochen von Mechtild Rothe und Klaus Hänsch:
www.spd-europa.de

Jusos – Europa:

<http://www.europa.jusos.de>

EU Tube – Europa erleben in Bild und Ton

<http://www.youtube.com/eutubede>

Europäisches Parlament

<http://www.europarl.europa.eu>

Europäisches Parlament –
Informationsbüro für Deutschland

<http://www.europarl.de/export/index.html>

Internetportal der EU

<http://europa.eu>

Europa für Kinder und Jugendliche:

<http://europa.eu/europago/welcome.jsp>

